Arbeiterzeitung
11. I. 1917

N19

Die Versorgung der industriellen Bevölkerung.

Nach allen Anzeichen und Meldungen läßt die Versorgung der Industriearbeiterschaft in den Industriestädten und insbesondere in den Industriedörfern des Landes noch immer alles zu wünschen übrig. Besondere Schwierigkeiten stellen sich überall dort ein, wo die Kriegsindustrie große Arbeitermassen an einem einzigen Punkt zusammenführt, wo die örtliche Verwaltung schon die größte Mühe hat, die Zuzügler in Wohnungen unterzubringen, wo daher ein großer Teil der Arbeiter täglich den Arbeitsort mit der Bahn oder zu Fuß früh aufsucht und abends verläßt. Die Gemeinden waren bei uns seltsamerweise im Frieden auf die Nahrungsfürsorge überhaupt nicht eingerichtet und haben sich im Kriege nur sehr schwer dazu bequemt, die notdürftigsten Vorsorgen zu treffen. In diesen Industriezentren jedoch reicht ihr ganzer Apparat gar nicht dazu aus, die Aufgaben, die ihnen gestellt sind, zu lösen.

Indessen ist es die mangelnde Zurüstung der Gemeinden nicht allein, was die Arbeiterschaft heute in die mißlichste Lage bringt. Die Arbeiterschaft ist neben den Ansässigen der Gemeinde das bewegliche Element. Sie läßt sich besonders im Kriege, schon durch das Meldewesen der Gemeinden, schwer in Evidenz halten, noch weniger durch das Gemeindeamt verpflegen. Während zum Beispiel eine Fabriksverwaltung in ihren Lohnlisten den genauen Stand der Arbeiterschaft verzeichnet, ohne Rücksicht darauf, ob der Arbeiter im Orte oder außerhalb des Ortes wohnt, während so die Arbeiterschaft mit ihrem ganzen Verpflegsstand schon genau erfaßt ist, besitzt die Gemeinde weder die Einrichtungen, noch die Schreibkräfte, noch die Lust zu einer genauen Standesführung. Bedenkt man, daß bei uns außerhalb Wiens der überwiegende Teil der Lohnarbeiterschaft im Industriedorf wohnt, das meist von bäuerlichen und mittelständischen Elementen verwaltet wird, so begreift man den Widerwillen, mit dem die Ortsgewaltigen an die Versorgung der Arbeiter herangehen. Man empfindet den Arbeiter immer als Fremden und der Arbeiter fühlt sich immer verwaltet von Leuten, die weder seine Bedürfnisse kennen, noch seine ganze Daseinsweise verstehen, noch seinen Bestrebungen Achtung entgegenbringen. Die Versorgung der Arbeiterschaft ist in diesen Gemeinden geradezu ein Hohn auf das Bedürfnis der Arbeiter wie auf die Notwendigkeiten der Kriegsindustrie.

Nun besitzen zwar die Arbeiter gerade in solchen Gegenden eine sehr alte und im großen ganzen auch gute Verbrauchsorganisation in ihren Konsumvereinen. Aber diese Konsumvereine werden von den Gemeinden, die heute als Lebensmittelverteiler fungieren, in der unerhörtesten Weise drangsaliert und ausgeschaltet. Die Arbeiter erhalten von dem Geschäftsmann, der natürlich in der Gemeinde Einfluß besitzt, keine Waren und ihr Konsumverein wird im besten Falle mit einem ganz geringfügigen Vorrat bedacht, nur damit er sich nicht beklagen kann, ganz übergangen worden zu sein.

Das Schlimmste ist, daß selbst dann, wenn eine Industriegemeinde die redliche Absicht hat, ihre Arbeiterschaft zu versorgen — und es gibt auch eine beachtliche Zahl solcher Stadt- und Landgemeinden —, ihr das meist nicht einmal gelingen kann. Unsere politische Verwaltung und unsere Landtage haben nämlich durch Jahrzehnte versäumt, die Gemeindegrenzen der wirtschaftlichen Entwicklung anzupassen. Wir haben große Industrieunternehmungen wie zum Beispiel das Ternitzer Stahl- und Eisenwerk, die mit allen ihren Anhängseln und Werkswohnungen auf dem Boden von drei, vier und mehr Gemeinden liegen. Nicht nur die Gemeinde-, sondern selbst die Landesgrenzen sind (wie um Mährisch-Ostrau!) an vielen Stellen ganz widersinnig geworden. Wenn nun also eine solche Industriegemeinde die auf ihrem Gebiet wohnhaften Arbeiter gut versorgt, so kommt es vor, daß in einer einzigen größeren Fabrik, wo zur Hälfte Ortsinsassen und zur Hälfte Ortsfremde arbeiten, immer nur die eine Hälfte versorgt ist und die andere Hälfte hungert oder daß vierzehn Tage die einen und vierzehn Tage die anderen Brot haben. Die Zustände in einzelnen Fabriken waren deshalb lange Zeit hindurch ganz grotesk. Man nehme nur die Orte Niederösterreichs, die an Ungarn grenzen und in denen ein guter Teil ungarischer Arbeiter mitarbeitet. Die ungarischen Staatsbürger, die über den Sonntag in die Heimat fahren, brachten am Montag früh die reichsten Vorräte an schönem weißen und Roggenbrot, Selchfleisch, Fett und Eiern mit, während ihre österreichischen Arbeitskollegen schon lange auf karge Ration gesetzt waren. Seitdem jedoch die ungarische Regierung die „Ausfuhr" von Lebensmitteln als Handgepäck untersagt, haben die Ungarn gar nichts, die österreichischen Gemeinden sind aller Verpflichtung gegen sie ledig. Man begreift, daß unter diesen Umständen ein großer Fabriksbetrieb beinahe überhaupt nicht ungestört arbeiten kann.

Man kann diesem Wirrsal überhaupt nicht entrinnen, wenn man an dem Vorurteil streng territorialer Verbrauchsregelung festhält. Mit Recht hat ein Konsumverein, der in einer langen Reihe von Ortschaften Verschleißstellen hat, in einer Eingabe erklärt: „Unser Verein umfaßt etwa fünftausend Familien, die seit jeher eine geschlossene Konsumgemeinschaft waren; warum sollen wir miteinander nicht einfach als Gemeinde behandelt und so beteilt werden? Kaum eine der Gemeinden, in denen der Verein arbeitet, hat mehr Einwohner, als unser Verpflegsstand ausmacht. Wir sind von jeher darauf eingerichtet, unsere Lebensmittel gemeinsam zu beziehen und gleichmäßig zu verteilen, Dinge, an die unsere Gemeindeväter niemals auch nur im Schlafe gedacht haben." Es springt klar in die Augen, daß die politische Verwaltung einfach solche geschlossene Personengemeinschaften behandeln muß wie Gemeinden, zumal da sie zur Verteilung von Lebensmitteln schon alles vorher zugerüstet haben: Magazine, Verschleißstellen, Verschleißpersonal, Gefäße, Meß- und Wägevorrichtungen. Die Gemeinden auf dem Lande haben nicht einmal diese Zurüstungen, weder die sachlichen noch die persönlichen, und ihre